



POSTANSCHRIFT Bundesministerin für Bildung und Forschung, 11055 Berlin

Präsidentin der Kultusministerkonferenz
Frau Ministerin
Christine Streichert-Clivot

Per E-Mail:



Nachrichtlich:

Generalsekretär der Kultusministerkonferenz
Herrn Udo Michallik

Per E-Mail:



Bettina Stark-Watzinger MdB

Bundesministerin
für Bildung und Forschung

HAUSANSCHRIFT Kapelle-Ufer 1, 10117 Berlin

POSTANSCHRIFT 11055 Berlin

TEL

ZENTRALE

FAX

E-MAIL

HOME PAGE www.bmbf.de

DATUM Berlin, 30. August 2024

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

anknüpfend an unseren schriftlichen Austausch im Juli dieses Jahres möchte ich mit Blick auf die anstehende Sondersitzung der Kultusministerkonferenz und die kommende Verhandlungsrunde der Staatssekretäre erneut das klare Bekenntnis des Bundes zum Digitalpakt 2.0 bekräftigen.

In gemeinsamen Gesprächen auf Fach- und Staatssekretärebene sind bereits wichtige Fortschritte in den Verhandlungen erzielt worden, um ein Gesamtkonzept für digitale Bildung zu vereinbaren. Diese Erfolge gilt es jetzt zu sichern und die nächsten Schritte zu gehen. Mit Blick auf unser gemeinsames Ziel, den Digitalpakt 2.0 Anfang 2025 zu starten, und die von Ihnen geäußerte Sorge um Planungssicherheit in den Ländern wiederhole ich meine klare Haltung: Der Digitalpakt 2.0 muss kommen. Der Bund wird im Rahmen der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten seinen Beitrag leisten.

Wie ich bereits in meinem Schreiben vom 30. Juli 2024 betont habe, hängt die Gesamtfinanzierung des Digitalpakt 2.0 von der Bereitschaft der Länder ab, die Voraussetzungen für ein Gesamtkonzept für digitale Bildung zu schaffen und einen substanziellen eigenen Beitrag zu leisten.

Um einen konkreten Finanzrahmen zu benennen: Seitens des Bundes schlage ich Ihnen einen Digitalpakt 2.0 mit einer Laufzeit von 2025 bis 2030 und einem Gesamtvolumen von bis zu fünf Mrd. Euro vor. Das wäre möglich, wenn Bund und Länder jeweils ihren hälftigen Anteil zur Gesamtfinanzierung beitragen (50:50-Finanzierung) und wir zu den grundlegenden, derzeit noch offenen Fragen des Gesamtkonzepts zeitnah eine Einigung finden. Auch wiederhole ich die bereits mehrfach geäußerte Position des Bundes, dass der Digitalpakt 2.0 die Kommunen dabei nicht zusätzlich finanziell belasten soll.

Auf Grundlage dieses konkreten Angebots des Bundes erwarte ich für die kommende Verhandlungsrunde der Staatssekretäre am 17. September 2024 ebenso konkrete Aussagen darüber, in welcher Höhe die Länder Ihrerseits zur hälftigen Kofinanzierung des Digitalpakt 2.0 bereit sind. Denn die Zeit drängt und insbesondere die Schulen brauchen Planungssicherheit. Bitte nutzen Sie daher auch die anberaumte Sondersitzung der KMK, ein entsprechendes Einvernehmen der Länderseite herzustellen.

Gemeinsam haben wir es in der Hand, unsere Schulen digitaler zu machen und das volle Potenzial digitaler Bildung auszuschöpfen. Ich freue mich auf die weiteren Verhandlungen und einen zügigen Abschluss, damit der Digitalpakt 2.0 wie geplant im kommenden Jahr starten kann.

Mit freundlichen Grüßen

B. Stark-Wabinger